

Die griechische Tragödie¹ (29. Mai 2015)

Griechenland hat bis Ende März 2015 insgesamt 325 Mrd. Euro an Krediten von den Rettungseinrichtungen der EU, dem IWF und der EZB erhalten, und doch ist die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie vor fünf Jahren, als die fiskalischen Rettungsaktionen begannen. Dies liegt an der sogenannten Holländischen Krankheit. Je mehr Geld fließt, desto geringer sind die Anreize, die exzessiven Preissteigerungen in den ersten Jahren des Euro wieder rückgängig zu machen und den steinigen Weg zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit zu gehen.

Auch die griechische Bevölkerung hat von den Rettungskrediten profitiert. Gerechnet vom Krisenbeginn, wurden die öffentlichen Kredite zu etwa einem Drittel zur Finanzierung des griechischen Leistungsbilanzdefizits, zu einem Drittel für die Schuldentilgung und zu einem Drittel für eine griechische Kapitalflucht ins Ausland eingesetzt. Griechenland hat zudem erhebliche Vorteile aus der künstlichen Absenkung der Zinsen für seine Auslandskredite erzielt. Diese Vorteile könnten in realer Rechnung für die Jahre 2008 bis 2014 bei etwa 50 Mrd. Euro gelegen haben. Im Jahr 2014 lag der griechische Gesamtkonsum im privaten und öffentlichen Sektor bei knapp 114% des Nettonationaleinkommens.

Die griechischen Banken haben in den letzten Monaten für etwa 80 Mrd. Euro ELA-Kredite der griechischen Notenbank erhalten. Die ELA-Kredite, die nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des EZB-Rates hätten verhindert werden können, gingen weit über das Maß hinaus, für das die griechische Notenbank bei einem Konkurs des Staates und einer Entwertung der von den Banken eingereichten Pfänder haften kann. Mit ihrer Hilfe gelang es, die Kapitalflucht griechischer Bürger, die ihr Vermögen im Ausland in Sicherheit brachten, durch öffentliche Kreditmittel der Staatengemeinschaft zu kompensieren und so den Drohpunkt bei den Verhandlungen mit eben dieser Staatengemeinschaft stark zu verbessern. Das könnte der Grund dafür sein, dass die griechische Regierung bei den Verhandlungen auf Zeit gespielt hat.

Sollte es zum Austritt kommen, wäre es wichtig, so rasch wie möglich ein neues gesetzliches Zahlungsmittel einzuführen, damit alle Preisschilder sowie alle Miet-, Kredit- und Lohnkontrakte im Gleichschritt abgewertet werden können, um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft wiederherzustellen. Ein schleichender Übergang zur neuen Währung auf dem Umweg über eine Verwendung staatlicher Schuldscheine, die nicht gesetzliches Zahlungsmittel sind, würde zwar die Zahlungsfähigkeit der griechischen Regierung notdürftig sichern, er wäre aber kein Beitrag zur Lösung des Wettbewerbsproblems. Verschiedene ökonomische Studien deuten darauf hin, dass ein Wirtschaftsaufschwung bereits ein bis zwei Jahre nach einer Abwertung und einem Schuldenschnitt beginnen könnte.

Mögliche Verluste im Falle eines Konkurses Griechenlands, z.B.:

Deutschland:	87,0 Mrd.
Frankreich:	66,5 Mrd.
Italien:	58,0 Mrd.
Spanien:	39,6 Mrd.
Niederlande:	18,9 Mrd.
Belgien:	11,7 Mrd.
Österreich:	9,2 Mrd.
Finnland:	5,9 Mrd.
Portugal:	4,3 Mrd.
Slowakei:	2,8 Mrd.
Irland:	2,5 Mrd.
<u>Slowenien:</u>	<u>1,6 Mrd.</u>
	308,0 Mrd. ²

¹ Hans-Werner Sinn, Die griechische Tragödie, München: Ifo-Institut 2015, S. 2; im Internet zugänglich unter: <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/publications/docbase/details.html?docId=19163457>

² A.a.O., S. 21.

Was passiert eigentlich gerade mit Griechenland?³ (7. Juli 2015)

Kapitel 1: Gemeinsam wird alles besser

Griechenland tritt 1981 der **Europäischen Gemeinschaft** bei, der Vorgängerorganisation der Europäischen Union. Als Teil einer immer enger werdenden Zusammenarbeit entscheiden sich zunächst elf Länder, 1999 die gemeinsame Währung **Euro** als Buchgeld einzuführen. Griechenland gibt ein Jahr später an, die Kriterien ebenfalls zu erfüllen, wozu zum Beispiel eine **Staatsverschuldung** von höchstens 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gehört. 2001 tritt es der **Eurozone** bei. Gemeinsam mit den anderen Staaten konnte das Land so 2002 den Euro auch in Münzen und Scheinen einführen. Dieser Euroeintritt Griechenlands wird oftmals als Grundübel und Hauptursache der gesamten Griechenlandkrise angesehen, denn schon 2004 stellte die europäische Statistikbehörde **Eurostat** fest, dass die gemeldeten Zahlen Griechenlands nicht stimmen konnten. Das Land trat also dem Euro bei, obwohl seine **Staatsverschuldung** schon damals zu hoch war. Einige Jahre schafften die Griechen aber, aus eigener Kraft mit den wirtschaftlichen Problemen und den viel zu hohen Ausgaben umzugehen.

Kapitel 2: Ende der Euphorie

Mit dem Ausbruch der **Finanzkrise 2008**⁴ und einer allgemeinen **Rezession** verschärft sich die Lage in Griechenland. Ende April 2010 beantragt die Regierung offiziell Finanzhilfen. **EU**, Europäische Zentralbank (**EZB**) und der Internationale Währungsfonds (**IWF**) genehmigen **Kredite** unter strengen Sparauflagen. Die nun folgenden Jahren sind ein ständiges hin und her. Griechenland braucht immer wieder Geld, die Reformen werden zum Teil umgesetzt, für die Kreditgeber aber nicht ausreichend. Schulden werden erlassen. Die wirtschaftliche Lage des Landes wird dennoch immer schlechter, die Arbeitslosigkeit schießt in die Höhe. Ende des vergangenen Jahres ruft die damalige griechische Regierung **Neuwahlen** aus, weil sie sich mit den Geldgebern nicht über einen neuen Haushalt für das Land einigen kann. Die EU warnt vor solchen Neuwahlen, weil die linksradikale Partei **Syriza**, die sich gegen die Sparvorschriften von EU, EZB und IWF wehrt, gewinnen könnte.

Kapitel 3: Wünsche werden erfüllt

Die Stimmung in Griechenland ist zu Beginn dieses Jahres so schlecht, dass genau das passiert. Ministerpräsident **Alexis Tsipras** und Finanzminister **Yanis Varoufakis** werden gewählt und verwirklichen viele ihrer Wahlversprechen sofort. Sie stellen entlassene Beamte wieder ein, erhöhen die Renten und eröffnen den geschlossenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wieder. Das kostet viel Geld, das Griechenland nicht hat, was aber erst Mitte des Jahres zu ernsthaften Problemen führen wird. An diesem 30. Juni läuft nämlich das **zweite Hilfspaket für Griechenland** aus. Das Land muss dann einen Kredit des IWF bedienen, wozu es ohne neue Kredite nicht in der Lage ist. Die Griechen beginnen, Geld von ihren Konten abzuheben.

In den vergangenen Wochen gibt es wegen dieser Frist immer wieder Krisengipfel, mal auf technischer Ebene mit den Finanzministern der Eurozone, mal der Staats- und Regierungschefs. Lange sieht es trotz vieler Verzögerungen so aus, als würde man sich irgendwie einigen. Die Geldgeber und Griechenland streiten zwar darüber, ob das Land die Reformbedingungen der Geldgeber vor allem durch eine Erhöhung der Einnahmen, zum Beispiel durch eine Erhöhung der **Mehrwertsteuer**, oder auch durch Einschnitte, wie eine Kürzung der **Renten**, erreichen soll. Die Geldgeber fordern diese Einschnitte zwingend, Griechenland sträubt sich. Die meisten Beobachter gehen aber davon aus, dass man sich in langen Nachtsitzungen kurz vor Ende der Frist wieder einmal auf einen Kompromiss einigen wird. Die Europäische Zentralbank überbrückt die Finanzierungsschwierigkeiten Griechenlands in dieser Zeit mit Notkrediten (**ELA**). Die Griechen heben immer mehr Geld von ihren Konten ab.

Kapitel 4: Eskalation

Doch dann eskaliert die Lage Ende der Woche. **Alexis Tsipras** ruft für viele Beobachter und Beteiligte völlig unerwartet ein **Referendum** über die Sparvorschläge der Geldgeber aus. Das Volk solle ent-

³ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/sondergipfel-bruessel-schaeuble-will-keinen-schuldenerlass-13689659.html> ; vgl. dazu auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise

⁴ Vgl. dazu auch: <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise>

scheiden, ob es die Bedingungen der Geldgeber akzeptieren wolle oder nicht. Die griechische Regierung positioniert sich eindeutig und ruft die Wähler auf, gegen die Reformvorschläge zu stimmen. Immer wieder wurde in der Vergangenheit über ein solches Referendum nachgedacht, doch so überstürzt rechnete niemand damit.

Mit diesem Referendum ist nun einerseits klar, dass bis zum 30. Juni keine Einigung erzielt werden kann, denn die Abstimmung wird voraussichtlich erst am kommenden Wochenende stattfinden. Andererseits verprellt die griechische Regierung EU, EZB und IWF derart, dass Griechenland aus den Verhandlungen ausgeschlossen wird. Tsipras beantragt einer Verlängerung des Hilfsprogramm bis zum Referendum, doch die Geldgeber lehnen es ab. Die Fronten sind so verhärtet wie nie. Die Griechen versuchen so viel Geld wie möglich abzuheben, es bilden sich Schlangen an den Geldautomaten.

Die Ankündigung des Referendums zieht viele Schritte nach sich. Die Europäische Zentralbank erhöht ihre **Notfallkredite** nicht mehr. Da Griechenland diesen Kreditrahmen schon fast ausgeschöpft hat, kommt das Land nun nicht mehr an neues Geld heran. Die Regierung kündigt **Kapitalverkehrskontrollen** an und schließt die Banken. Die Griechen dürften seitdem nur noch 60 Euro am Tag an den Bankautomaten abheben und nur innerhalb des Landes Geld überweisen. Am 30. Juni bedient die griechische Regierung ihren Kredit beim IWF nicht und ist nun offiziell in Zahlungsverzug.

Kapitel 5: Und jetzt?

Die Griechen haben sich in ihrem Referendum überraschend deutlich gegen die Reformpläne der Geldgeber entschieden und der eigenen Regierung zunächst den Rücken gestärkt. Was in den kommenden Wochen passieren wird, ist nun die große Frage. Wird Griechenland innerhalb des Euro pleitegehen oder läuft es auf einen **Grexit** hinaus? Kommt es zu einem **Schuldenschnitt**? Wie bekommt das Land neues Geld und wie geht es langfristig mit der griechischen Regierung weiter? Bei der sich ständig ändernden Lage will sich kaum jemand mehr auf die eine sichere Lösung festlegen. Nur eines scheint sicher: Nichts mehr ist ausgeschlossen.

Banker sollen Schulden Griechenlands verschleiern⁵

Nach Berichten des **Spiegel** sowie der **New York Times** hatten US-Banken wie **Goldman Sachs** und **JP Morgan** verschiedenen Euro-Ländern wie Italien und Griechenland in den letzten zehn Jahren dabei geholfen, das Ausmaß ihrer **Staatsverschuldung** zu verschleiern. Neu aufgenommene Kredite waren als **Währungsswaps** verbucht worden, welche nicht zur Staatsverschuldung gerechnet wurden. Die Verwendung von **Finanzderivaten** zur Staatsfinanzierung wurde bis 2008 nicht reguliert. Nach der Regulierung durch **Eurostat** im Jahr 2008 kam die griechische Regierung den Meldevorgaben nicht nach, als die Nachmeldung solcher Transaktionen angefordert wurde.

Laut einem Bericht von **Bloomberg Business** konnte sich die griechische Regierung über ein 2001 mit Goldman Sachs abgeschlossenes **Währungsswap**-Geschäft mehr als 2,8 Milliarden Euro leihen. Mit Hilfe fiktiver Währungskurse konnten mit diesem Geschäft circa zwei Prozent der griechischen Staatsschulden in der Bilanz verborgen werden. Das Geschäft erwies sich jedoch, wohl auch aufgrund seiner Intransparenz bzw. Komplexität, als unvorteilhaft für den griechischen Staat, so dass bereits drei Monate nach Abschluss eine Neuverhandlung angesetzt wurde, die zu einem Geschäft mit **inflationsegekoppelten Derivaten** führte. Diese stellten sich in der Folge aber als ebenfalls unvorteilhaft für den griechischen Staat heraus, so dass im August 2005 die griechische Regierung mit Goldman Sachs über den Rückkauf der gesamten Anleihen durch die **griechische Zentralbank** verhandelte. Für die Rückzahlung dieser Derivate ergab sich schließlich eine Höhe von 5,1 Milliarden Euro, zu deren Finanzierung außerbörsliche **Zinsswap**-Geschäfte aufgenommen wurden. Angeblich erhielt Goldman Sachs für die Durchführung dieses Geschäfts 600 Millionen Euro. Andere Berichte sprechen davon, dass

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise#Bis_zum_Regierungswechsel_2009; dort auch die hier nicht wiedergegebenen Nachweise; vgl. dazu auch: http://www.focus.de/finanzen/banken/beim-eintritt-in-den-euro-goldman-sachs-kaschierte-griechische-schulden-nun-koennte-eine-klage-drohen_id_4810392.html; <http://bazonline.ch/wirtschaft/konjunktur/Wie-Goldman-Sachs-den-Griechen-half-Schulden-zu-verschleiern/story/13132527>; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/defizit-kosmetik-griechenland-zahlte-300-millionen-dollar-an-goldman-sachs-a-677750.html>

künftig zu erwartende Einnahmen, zum Beispiel aus Flughafengebühren und Lotteriegewinnen, abgetreten wurden.

Den beteiligten Banken wird in diesem Zusammenhang missbräuchliche Kreditvergabe vorgeworfen, weil sie, ähnlich wie vor der **Finanzkrise**, Kredite vergaben, obwohl sie die finanzielle Schieflage Griechenlands erkannt hatten. Nach dem Schuldenschnitt 2012 traten US-**Hedgefonds** an die Stelle der Banken. Sie kauften griechische **Staatsanleihen** in großem Stil und profitieren von den steuerfinanzierten Beistandszahlungen.

Maßnahmen der EU, der EZB und des IWF⁶

Nachdem Griechenland offiziell im April 2010 EU-Hilfe beantragt hatte, wurden von der Europäischen Union (EU), der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Übereinkunft mit der griechischen Regierung am 2. Mai 2010 ein erstes Hilfspaket (englisch: *Loan Facility Agreement*) beschlossen. Dieses erste Rettungspaket enthielt Hilfen in Form von Krediten und Bürgschaften. Das zweite Paket wurde im Februar / März 2012 beschlossen und enthielt neben Krediten und Bürgschaften durch den europäischen Rettungsfonds EFSF unter anderem eine Reduzierung der **Kreditzinssätze** und eine **Umschuldung** (letztendlich ein **Schuldenerlass**). An der Umschuldung beteiligten sich auch private Gläubiger.

Nach Angaben der EU-Kommission im April 2012 erhielt Griechenland während der Krise insgesamt vom Ausland Hilfen in Höhe von 380 Mrd. Euro in Form von Beihilfen, Krediten und Schuldenerlass durch private Gläubiger. Der Betrag entspräche 177 % des Bruttoinlandprodukts oder 33.600 Euro je Einwohner.

Globalisierungskritiker warfen den für die Konzipierung und die Durchführung der Hilfspakete Verantwortlichen vor, „Hunderte Milliarden an öffentlichen Geldern eingesetzt [zu haben], um Banken und andere Finanzakteure und vor allem deren Eigentümer vor den Folgen der von ihnen verursachten Finanzkrise zu retten“. Anstatt der griechischen Bevölkerung zu helfen, kämen die Maßnahmen vielmehr Finanzinstituten und Spekulanten zugute. Eine 2013 von **Attac Österreich** durchgeführte Recherche ergab, dass aus dem Rettungsprogramm für Griechenland „mindestens 77,12 % der Programmmittel direkt (über Bankenrekapitalisierung) oder indirekt (über Staatsanleihen) an den Finanzsektor“ geflossen waren.

Die Vereinbarungen über das erste und zweite Hilfspaket wurden mehrfach ergänzt und verändert. ...

Stimmen in Deutschland⁷

Im April 2010 lehnte die Mehrheit der Deutschen eine Unterstützung Griechenlands in der Finanzkrise ab. Im Juni 2011 äußerten 63 Prozent der befragten Bürger bei der Umfrage **ARD-Deutschland-trend** Verständnis, dass Griechen gegen die einschneidenden Sparmaßnahmen protestieren.

Verfassungsbeschwerden der Wissenschaftler **Joachim Starbatty**, **Wilhelm Hankel**, **Karl Albrecht Schachtschneider**, **Wilhelm Nölling**, des Managers **Dieter Spethmann** und des Politikers **Peter Gauweiler** (CSU) gegen die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus zur Unterstützung von Griechenland in der Finanzkrise hat das **Bundesverfassungsgericht** in **Karlsruhe** mit Urteil vom 7. September 2011 zurückgewiesen. Der Zweite Senat befand, dass die Maßnahmen zur Rettung des Euro mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Die Bundesrepublik Deutschland darf demnach der Republik Griechenland mit Kreditgarantien helfen und sich am künftigen Euro-Rettungsschirm EFSF beteiligen. Allerdings wiesen die Richter das deutsche Parlament an, bei weiteren Euro-Hilfen auf seinem Recht zu beharren, finanzpolitische Entscheidungen zu fällen. Es dürfe keinen Automatismus für Zahlungen geben, der die Rechte der Abgeordneten aushebelt. Die Hilfspakete müssten klar definiert sein und den Parlamentariern die Möglichkeit zur Kontrolle und zum Ausstieg geben.

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise#Maßnahmen_zur_Krisenbewältigung

⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise#Stimmen_in_Deutschland; dort auch die hier fehlenden Nachweise.

Ende Februar 2012 plädierte Innenminister **Hans-Peter Friedrich** als erstes deutsches Regierungsmitglied öffentlich für einen **Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone**: „Außerhalb der Währungsunion sind die Chancen Griechenlands, sich zu regenerieren und wettbewerbsfähig zu werden, mit Sicherheit größer, als wenn es im Euro-Raum verbleibt.“ Zwei Tage später wies der EKD-Ratsvorsitzende **Nikolaus Schneider** darauf hin, dass Europa mehr sei als ein „Handelsplatz, auf dem man gute Geschäfte machen kann“ und die Gewährung der Hilfskredite „eine Frage der Solidarität ist“.

Laut **Gustav Horn** sind durch eine auf die griechische Finanzkrise zurückzuführende Geringer-Bewertung des Euro die Exporte Deutschlands um 50 Milliarden Euro gestiegen, was 2 % des BIP entspricht, diese Mehreinnahmen haben auch zu nominell höheren Steuereinnahmen geführt (wobei der Euro allerdings an Wert verloren hat). **Folker Hellmeyer**, Chefanalyst der **Bremer Landesbank**, sieht Deutschland als größten Profiteur der griechischen Finanzkrise in der Pflicht, einen Plan für den wirtschaftlichen Aufbau für Griechenland zu initiieren. Laut einem Bericht „*Griechenlandkrise: Das Märchen vom deutschen Zahlmeister*“ des ARD-Fernsehmagazins **Monitor** (gesendet 1. März 2012) hat der deutsche Staat bei konservativer Rechnung durch niedrige(re) Zinsen bei seiner Kredit-Neuaufnahme 45 Mrd. € gespart. Direkt gezahlt hatte die staatliche **KfW**-Bank bis zum Sendetermin 15,2 Milliarden Euro an Griechenland. Deutschland haftet durch Bürgschaften im Rahmen von **EFSF** und **ESM**, als Teil der **EZB** und als Mitgliedsland im **IWF** mit dreistelligen Milliardenbeträgen.

Den damaligen griechischen Regierungen wird vorgeworfen, sich bereits vor dem Beitritt zur Währungsunion in einem Ausmaß verschuldet zu haben, das Zahlungsunfähigkeit erwarten ließ, dies aber durch unzutreffende Angaben verschleiert zu haben. Dies und die gesamte Verschuldungspolitik beurteilte **Hans Willgerodt**, seinerzeit emeritierter Professor der Universität Köln, als betrügerischen **Bankrott**. Er kritisierte, dass verantwortliche Politiker, Staatsbedienstete sowie auch Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen oder Außenministerien dafür nicht rechtlich belangt werden könnten. Darüber hinaus warf Willgerodt den beteiligten Großbanken eine missbräuchliche Kreditvergabe vor, da die Großbanken die nahende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands erkannt und auf einen Beistand seitens der übrigen Staaten der Eurozone spekuliert hätten.

Einen Tag vor der Wahl in Griechenland am 17. Juni 2012 verlangte Bundeskanzlerin **Angela Merkel** mit „ungewöhnlich scharfen Worten“, so der **Focus**, ein Bekenntnis der Griechen zu den getroffenen Vereinbarungen. Im August 2012 sagte der bayrische Finanzminister **Markus Söder** „*Schuld an den Problemen in Griechenland sind die Griechen und sonst keiner*“ und forderte, an dem Land „*ein Exempel zu statuieren*“.

Der deutsche EU-Kommissar für Energie **Günther Oettinger** (EVP) hat sich am 10. August 2013 dafür ausgesprochen, den Internationalen Währungsfonds (IWF) an künftigen Hilfsprogrammen für überschuldete Euro-Länder nicht mehr zu beteiligen und stattdessen sollte die EU und Europäische Zentralbank (EZB) künftig allein die Programme stemmen. Zur Begründung sagte er, es gebe beim IWF viele kritische Stimmen, „die zu recht die Frage stellen, warum ausgerechnet das „reiche“ Europa derzeit 60 Prozent der IWF-Hilfen erhält“.

Die **Deutsche Bundesbank** befürwortet eine einmalige **Vermögensabgabe** für Krisenländer der Eurozone. Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten **Klaus-Peter Willsch** (CDU) ist es in jedem Fall „unverfroren, unbeteiligte Dritte um Hilfe zu bitten, bevor der eigene Notgroschen nicht zum Einsatz gebracht worden ist.“ Der Literaturnobelpreisträger **Günter Grass** verarbeitete die griechische Finanzkrise und die Reaktionen der Staaten der **Europäischen Union** auf die Krise in seinem im Mai 2012 erschienenen Gedicht **Europas Schande**.

Athen will neuen Hilfsantrag stellen – morgen⁸ (7. Juli 2015)

Griechenland wird in Kürze einen neuen Hilfsantrag beim Euro-Rettungsfonds **ESM** stellen. Der Antrag stehe bevor und werde möglicherweise schon „in einigen Stunden“ eingereicht, sagte Eurogruppen-Chef **Jeroen Dijsselbloem** nach einem Sondertreffen der Finanzminister der **Währungsunion** am

⁸ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/sondergipfel-bruessel-schaeuble-will-keinen-schuldenerlass-13689659.html>

Dienstag in Brüssel. Griechenland habe zugestimmt, dass ein neuer Antrag glaubwürdige Reformvorschläge enthalten müsse, berichteten Diplomaten am Rande des Sondergipfels in Brüssel.

Das Treffen der Finanzminister dauerte rund drei Stunden und endete ohne konkrete Ergebnisse. Zuvor war bekannt geworden, dass Griechenland keine neuen schriftlichen Vorschläge zum Sondergipfel mitgebracht hatte. Der neue griechische Finanzminister **Euklid Tsakalotos** informierte die anderen Finanzminister nur mündlich. Wenn morgen der Antrag vorliegt, wollen die Euro-Finanzminister abermals in einer Telefonkonferenz beraten. Die Eurogruppe erwarte einen neuen griechischen Brief mit klaren Vorschlägen, sagte Dijsselbloem. Es gehe um ein „mittelfristiges“ ESM-Programm.

Erstmal treffen sich am Abend die Staats- und Regierungschefs der Euroländer. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** sagte vor der Sitzung, es gebe noch keine Grundlage für Gespräche mit Griechenland. EU-Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** sagte, alles komme auf **Alexis Tsipras** an.

16 von 18 Euro-Staaten wären inzwischen bereit, einen **Grexit** zu akzeptieren, hieß es am Morgen gerüchteweise. Zu den Ländern, die noch immer an einen Kompromiss mit Griechenland glauben gehört Frankreich. Der französische EU-Währungskommissar **Pierre Moscovici** sagte am Nachmittag, es bestehe weiterhin Hoffnung auf ein Griechenland-Abkommen.

Deutschlands Finanzminister **Wolfgang Schäuble** hatte sich vor dem Sondertreffen skeptischer geäußert: Er und seine Kollegen seien „gespannt“, welche Vorstellungen die griechische Regierung nun habe. Bisher habe Athen „erfolgreich dafür gekämpft“, kein Hilfsprogramm mit den dazugehörigen Spar- und Reformauflagen zu bekommen. Dafür habe sie auch eine breite Mehrheit bei der **Volksabstimmung** erhalten: „Das respektieren wir“, sagte Schäuble: „Aber ohne ein Programm gibt es keine Möglichkeiten im Rahmen der **Eurozone**, Griechenland zu helfen.“

Überlegungen, Griechenland einen teilweisen Schuldenerlass zu gewähren, wies Schäuble zurück: „Wer die europäischen Verträge kennt, weiß, dass ein Schuldenschnitt unter das **Bailout-Verbot** fällt“, sagte er. Nach **Artikel 125** des **Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union** dürfen grundsätzlich weder die EU noch Mitgliedstaaten für Schulden eines anderen Mitgliedslandes haften.

Dijsselbloem sagte vor dem Treffen auch, die Euro-Länder müssten in den Gesprächen jetzt auch darauf achten, dass ihre Glaubwürdigkeit nicht beschädigt werde. Er nahm das berühmte **Draghi-Zitat** rhetorisch auf, man werde tun „whatever it takes“. Allerdings hat er den Satz weniger in dem ursprünglich Sinn verwendet, man werde notfalls immer mit großen finanziellen Mittel einschreiten, sondern man werde alles tun, um die Glaubwürdigkeit der Eurozone zu schützen.

Griechenlands neuer Finanzminister **Euklid Tsakalotos** war ohne ein Wort und nur mit einem kurzen Kopfnicken an den Kameras und Mikrofonen der Journalisten in Brüssel vorbeigegangen. Links trug der 55 Jahre alte Wirtschaftsprofessor einen Stapel Papiere, rechts eine Aktentasche.

Die anderen Finanzminister gaben sich bedeckt, als sie danach gefragt wurden, ob sie mit dem Neuen besser zurecht kämen als mit **Gianis Varoufakis**, der seine Kollegen zuvor als „Terroristen“ bezeichnet hatte. Die diplomatische Antwort war, man sei an der Sache, nicht an Personen interessiert. Tsakalotos war am Montag nach dem überraschenden Rücktritt seines Vorgängers ernannt worden, der unter seinen Kollegen in der Eurogruppe keinen Rückhalt mehr hatte.

Der für den Euro zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, **Valdis Dombrovskis**, sagte, ein Grexit sei „nicht unser Ziel“, aber wenn es kein glaubwürdiges Reformpaket gebe, könne er nicht ausgeschlossen werden.

Eine Brückenfinanzierung für Griechenland ist nach Angaben des finnischen Finanzministers **Alexander Stubb** derzeit für die Euro-Zone kein Thema – andere Minister äußerten sich nicht so ablehnend wie er. Es sei jetzt Aufgabe der griechischen Regierung „zu interpretieren, was das Ergebnis des Referendums in der Praxis bedeutet“, sagte Stubb. Das zweite Hilfsprogramm sei ausgelaufen, für weitere Hilfen gälten unverändert die bestehenden Instrumente und Regeln.

In dem **Referendum in Griechenland** hatten am Sonntag gut 61 Prozent der Teilnehmer gegen Forderungen der internationalen Gläubiger votiert, die freilich nie formal als Angebot unterbreitet worden

waren. Das Finanzministertreffen bereitet einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Währungsunion an diesem Dienstagabend zu Griechenland vor. Der Beginn des Treffens wurde um eine halbe Stunde auf 18.30 Uhr verschoben.

Riss geht quer durch Europa⁹ (13. Juli 2015)

Im **Griechen-Drama** ist die Eurozone tief gespalten. Die einen wollen Griechenland aus dem Euro werfen, die anderen wollen die Griechen zwingend im Euro halten. Während der Verhandlungen in Brüssel wurde klar: Es steht dabei 10:9 gegen Griechenland.

Doch welche Länder stehen für wofür?

Nach Informationen der „Bild“-Zeitung befürworten neben Deutschland folgende Staaten den **Grexit**:

- Portugal
- Spanien
- Belgien
- Niederlande
- Malta
- Slowakei
- Litauen
- Lettland
- Finnland

Auf der anderen Seite stehen neben Griechenlands größtem Fürsprecher Frankreich und natürlich den Griechen selbst noch

- Irland
- Luxemburg
- Italien
- Österreich
- Slowenien
- Estland
- Zypern.

Am Ende könnte sich die Minderheit jener durchsetzen, die einen Grexit verhindern wollen, weil auch den Grexit-Anhängern ein Euro-Austritt Griechenlands zu heikel ist. Das Motiv der Griechen-Freunde: Viele von ihnen haben Angst, durch einen Griechen-Austritt selbst in einen Negativstrudel zu geraten.

Es gibt eine Einigung: Neue Milliarden für Griechenland¹⁰ (13. Juli 2015)

Griechenland und die Geldgeber haben sich geeinigt. Einstimmig. Bis zuletzt haben Bundeskanzlerin **Angela Merkel** und Griechenlands Regierungschef **Alexis Tsipras** über einen Treuhandfonds gestritten. Doch das Drama ist noch nicht zu Ende.

Die 19 Euroländer haben am frühen Montagmorgen nach einer 17 Stunden dauernden Marathonsitzung eine Einigung im griechischen Schuldendrama erreicht. Zuerst teilte dies der belgische Ministerpräsident **Charles Michel** mit über den Kurznachrichtendienst Twitter.

Anschließend zeigten sich EU-Ratspräsident **Donald Tusk**, EU-Kommissionschef **Jean-Claude Juncker** und Eurogruppen-Chef **Jeroen Dijsselbloem** sichtlich erleichtert während der gemeinsamen Pressekonferenz. „Heute hatten wir nur ein Ziel, eine Einigung zu finden. Wir sind bereit zu einem **ESM**-Programm, das heißt zu weiteren Hilfen für Griechenland“, sagte Tusk. Es gebe aber strikte Bedingungen, zum Beispiel die Zustimmung des Parlaments in Athen.

„Die Vorteile der Einigung überwiegen die Nachteile“, sagte Bundeskanzlerin **Angela Merkel**. Sie selbst hatte während der Mammut-Verhandlung mehrmals separat mit dem griechischen Regierungschef **Alexis Tsipras** und dem französischen Staatspräsidenten **François Hollande** im kleinen Kreis weiter beraten.

Geeinigt haben sich die Regierungschefs einstimmig auf ein drei Jahre dauerndes Hilfsprogramm für Griechenland. Es soll ein Volumen von mehr als 80 Milliarden Euro haben – der größte Teil davon (mehr als 50 Milliarden) ist faktisch eine **Umschuldung**: Griechenland ersetzt Schulden vor allem gegenüber der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds wesentlich durch neue Kredite gegenüber dem Euro-Rettungsfonds ESM. Auf bis zu 25 Milliarden Euro schätzen die

⁹ http://www.focus.de/politik/videos/riss-geht-quer-durch-europa-10-9-gegen-griechenland-diese-laender-spalten-die-eurozone-in-der-grexit-frage_id_4811961.html

¹⁰ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/eurolaender-einigen-sich-mit-griechenland-13699780.html>

Gläubiger den Bedarf, die infolge der Kapitalverkehrskontrollen und schwächeren Wirtschaftsentwicklung wieder angeschlagenen griechischen Banken aufzupäppeln.

Bis zum Montagmorgen waren vor allem zwei Punkte umstritten geblieben: Die künftige Rolle des Internationalen Währungsfonds und ein Privatisierungs-Treuhandfonds, den der deutsche Finanzminister **Wolfgang Schäuble** am Wochenende vorgeschlagen hatte. Griechenlands Regierungschef Tsipras hat nun beides akzeptiert – der **IWF** wird weiter engagiert bleiben und vor allem auch kontrollieren, ob und wie vereinbarte Reformen umgesetzt werden.

Auch der Treuhandfonds ist nun beschlossen. An ihn sollen griechische Vermögenswerte übertragen werden – er soll sie verkaufen und damit Einnahmen in Höhe von 50 Milliarden Euro erzielen. Bis zu 25 Milliarden Euro davon sollen verwendet werden, um die griechischen Banken zu rekapitalisieren. Mit den übrigen Mitteln sollen jeweils hälftig die griechischen Schulden getilgt werden und die griechische Regierung **Investitionen** tätigen können. Das scheint ein Kompromiss zu sein. Die 12,5 Milliarden Euro aus dem Privatisierungsfonds für direkte Investitionen seien einer der Punkte, „mit denen wir auch auf die griechischen Belange eingegangen sind“, sagte Merkel. Der Fonds selbst soll in Athen seinen Sitz haben und nicht – wie von Deutschland ins Gespräch gebracht – in Luxemburg.

„Wir haben eine harte Schlacht geschlagen“, kommentierte Tsipras die Einigung. Er stellte heraus, dass die Frage eines Ausscheidens seines Landes aus der Währungsunion (Grexit) nun der Vergangenheit angehöre. Und – wohl vor allem an seine Kritiker im eigenen Land und in der eigenen Partei gerichtet – sagte er: „Wir haben vermieden, dass wir finanziell erdrosselt werden und unser Bankensystem kollabiert.“ Und es sei gelungen, eine Umstrukturierung der griechischen Schulden zu erreichen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der ihm helfen dürfte, die Zahl der Abweichler in seiner Syriza-Partei kleiner zu halten. Neben dem größten Teil des neuen Hilfsprogramms sind wohl auch längere Laufzeiten und noch einmal niedrigere Zinsen im Gespräch, ein nominaler Schuldenschnitt kommt nach Angaben der deutschen Kanzlerin aber nicht. Tsipras wiederum gab zu, dass in Griechenland radikale Reformen nötig seien, „um die alten **Oligarchien** loszuwerden“.

Bis Mittwoch muss er nun die Einigung durch das Parlament in Athen bringen – wenn dies geschehen ist, werden auch die übrigen Euroländer-Parlamente, die zustimmen müssen (zum Beispiel der Bundestag) zusammenkommen.

Um verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen, muss Griechenland bis Mittwoch bereits einige Gesetze beschlossen haben und damit zeigen, dass es die Reformen ernst meint.

Wahrscheinlich ist, dass die griechische Regierung in ihrer jetzigen Form nicht mehr allzu lange besteht. Eine Kabinettsumbildung ist zeitnah möglich. Der griechische Arbeitsminister **Panos Skourletis** sagte im Staatsfernsehen **ERT**, er rechne mit Neuwahlen noch in diesem Jahr – weil die derzeitige Koalition nicht selbst genügend Stimmen aufbringen wird für die Einigung, sondern auf Stimmen auch der Oppositionsparteien zunächst angewiesen sein dürfte.

Steuerzahler-Bund kritisiert Griechenland-Einigung¹¹ (14. Juli 2015)

Ein wirkliches Happy End sieht anders aus. Die Einigung mit Griechenland über ein drittes Hilfspaket sorgt beim **Steuerzahler-Bund** für Empörung. Die Brüsseler Einigung stelle „eine Gefahr für die Bürger in Deutschland“ dar, erklärte die Vereinigung. „Denn das Prinzip, Zeit für Griechenland mit viel Geld der Steuerzahler zu erkaufen, ist zum Scheitern verurteilt“. Den Steuerzahlern würden weitere Haftungsrisiken aufgebürdet, die unvertretbar seien. Der Steuerzahler-Bund rechnet vor: Bereits jetzt hafte jeder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland im Schnitt mit jeweils 2800 Euro für sämtliche Finanzhilfen, die Griechenland bisher gewährt worden seien. Ehrlicher und vernünftiger wäre es nun, einen Euro-Austritt Griechenlands einzuleiten, verbunden mit humanitären EU-Hilfen, so die Meinung des Verbands.

Ökonomen sind skeptisch

Auch die deutsche Wirtschaft steht der Einigung mit Athen skeptisch gegenüber. „Die europäischen Steuerzahler werden wieder einmal genötigt, für viel Geld ein bisschen Zeit zu erkaufen“, sagte der

¹¹ http://liveblog.wirtschaft.t-online.de/Event/Live-Blog_zur_Griechenland-Krise_2

Präsident des **Verbandes der Familienunternehmer**, Lutz Goebel. „Das ist Insolvenzverschleppung. Griechenland wird seine Schulden nie zurückzahlen können. Es wird nur weiteres Geld ins Feuer geworfen.“

Der Industrie- und Handelskammertag (**DIHK**) sieht zumindest „einen ersten Hoffnungsschimmer“, sagte Präsident Eric Schweitzer.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (**DIW**) bewertet die Übereinkunft ebenfalls nicht als endgültigen Durchbruch. „Es wäre verfrüht, die Einigung als einen Erfolg anzusehen“, sagte DIW-Präsident Marcel Fratzscher. „Es ist lediglich ein erster Schritt, die wirtschaftliche Abwärtsspirale Griechenlands aufzuhalten.“

Ifo-Präsident und Euro-Kritiker **Hans-Werner Sinn** glaubt, dass die Einigung auch nicht gut für Griechenland ist: „Während der Beschluss den Rest Europas viel Geld kosten wird, wird all dieses Geld nicht genügen, um die griechischen Bürger zufriedenzustellen. Griechenland ist zu teuer und deshalb nicht mehr wettbewerbsfähig. Es macht keinen Sinn, die Probleme des Landes mit immer mehr Geld zuschütten zu wollen. Das ist teuer und verhindert die Schaffung wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen.“

Der größte Kritiker der Verhandlungen mit den Geldgebern ist der ehemalige Finanzminister **Gianis Varoufakis**. In einem Interview mit der englischen Wochenzeitung „News Statement“ gab er interessante Einblicke in seinen politischen Alltag und ließ an seinen Finanzminister-Kollegen kaum ein gutes Haar. Die Kollegen der „FAZ“ haben das Interview gut zusammengefasst. Ein paar Auszüge daraus:

Niemand wollte Varoufakis' ökonomischen Argumente hören. Wenn er „logisch stimmige Argumente“ vorgetragen habe, sei er nur angestarrt worden: „Man hätte auch die schwedische Nationalhymne vorsingen können – man hätte dieselbe Antwort bekommen“, erzählte Varoufakis. Er hätte noch nicht einmal für Verärgerung gesorgt. Es sei einfach so gewesen, als habe er gar nicht gesprochen. Der deutsche Finanzminister sei schwierig, aber durchweg beständig gewesen. **Wolfgang Schäuble** habe darauf bestanden, dass sich die neue griechische Regierung auch an Vereinbarungen hält, die die Vorgängerregierung beschlossen hatte. Auf Varoufakis' Argument, das griechische Volk hätte demokratisch aber für etwas anderes plädiert, ist Schäuble kaum eingegangen: „Wir können unmöglich zulassen, dass eine Wahl alles ändert“, soll Schäuble laut Varoufakis gesagt haben, schließlich gäbe es in der EU allenthalben irgendwo Wahlen, da könne man nicht immer die Verträge ändern. Die Eurogruppe sei insgesamt vollständig von Deutschland beherrscht, glaubt Varoufakis.

Nacht der Entscheidung in Athen¹² (15. Juli 2015)

Vor knapp zwei Wochen erteilten die Griechen dem verhassten Sparkurs eine Abfuhr. Ihr „Nein“ bei der Volksabstimmung brüskierte die Gläubiger. Nun rollen doch neue Reformen auf das geplagte Land zu – auf den Straßen kommt es zu Ausschreitungen.

Vermummte Demonstranten, brennende Autos, Tränengas: Szenen dieser Art sind keine Seltenheit in Athen, wenn eine Regierung auf internationalen Gläubigerdruck Sparmaßnahmen durchsetzen muss. Aber es ist das erste Mal, dass die linke **Syriza**-Partei als Regierungskraft zur Zielscheibe der Proteste wird. Vor der entscheidenden Abstimmung im Parlament versammelten sich am Mittwochabend tausende Demonstranten: enttäuschte Syriza-Anhänger, Gewerkschafter, Anarchisten sowie gewaltbereite Linksradikale.

Am Nachmittag hatte Regierungschef **Alexis Tsipras** die Fraktion auf die Zustimmung zum Sparpaket eingeschworen. Sollten sich die Abgeordneten wider Erwarten gegen die neuen harten Spar- und Reformgesetze sperren – dann wäre der mühsam durchgefochtene Kompromiss des Brüsseler Krisengipfels passé.

Die Abgeordneten sollten im Eilverfahren vier Gesetze verabschieden. Das war eine der Bedingungen der Europartner, damit die Verhandlungen über ein neues Hilfspaket überhaupt erst beginnen können.

¹² <http://www.heute.de/schuldenkrise-in-griechenland-vor-abstimmung-im-parlament-ueber-sparkurs-kommt-es-zu-ausschreitungen-in-athen-39298782.html>

Draußen riefen die Demonstranten wütend „Nein heißt Nein“ – unter Bezug auf das „Nein“ bei der Volksabstimmung am vorvergangenen Wochenende. 61 Prozent der Griechen hatten damals weitere Sparmaßnahmen abgelehnt. Tsipras selbst hatte das Referendum vom Zaun gebrochen und für ein „Nein“ geworben.

Bald flogen aus dem „Schwarzen Block“ der Demonstranten Molotow-Cocktails gegen die ausgerückte Bereitschaftspolizei. Die Ordnungskräfte antworteten mit Tränengasgranaten. Der Zug der Demonstranten wich zurück und marschierte vom Parlament bis fast zur Akropolis.

Auch in seiner Partei schlug Tsipras scharfer Wind entgegen: Für zahlreiche linke Abgeordnete geht mit der von ihrem Parteichef geforderten Zustimmung zum Sparprogramm eine Welt unter. Die Linke Plattform, wie der linke Syriza-Flügel offiziell heißt, liebäugelt schon seit Jahren mit der Rückkehr des Landes zur Drachme und der Loslösung von der EU.

Mit der Kehrtwende Tsipras' zu einem Sparprogramm droht diese Hoffnung nun zu verpuffen, wie es ein Kommentator im griechischen Radio formuliert. Die linke Plattform setzt nun alles daran, Tsipras ein Bein zu stellen. Der Preis für Tsipras dürfte eine Spaltung seiner Regierungspartei sein. Damit steht seine mit großen Vorschusslorbeeren gestartete Regierung nach nicht einmal sechs Monaten vor einem Scherbenhaufen.

Erste Risse gab es schon vor der Abstimmung. Die stellvertretende Finanzministerin Nadja Valavani tritt von ihrem Posten zurück. Der griechische Schuldenberg könne ihrer Ansicht nach „nie und nimmer“ zurückgezahlt werden, schreibt sie in einem Brief an Tsipras: „Alexis, ich kann nicht mehr.“

Parlament in Athen stimmt für Reformen¹³ (16. Juli 2015)

Abstimmung gewonnen, Rückhalt verloren. So lassen sich die Ereignisse in Athen aus Sicht von Regierungschef Tsipras zusammenfassen. Nach dem „Ja“ des Parlaments zu den Sparauflagen wird Tsipras wohl noch heute sein Kabinett umbilden, so ARD-Korrespondent Lingenfelder.

Das Reformpaket für Griechenland ist verabschiedet, doch die Regierungspartei Syriza muss sich nun neu aufstellen. Weil bei der Abstimmung über die Sparauflagen für Athen mehr als ein Viertel der Syriza-Abgeordneten mit „Nein“ votierten, erwarten Beobachter nun die Ablösung einiger Minister.

„Regierungschef Alexis Tsipras will dem Vernehmen nach heute die Minister ersetzen, die sich offen gegen ihn gestellt haben, das sind allesamt Minister, die mit der Umsetzung der konkreten Reformen betraut wären“, sagte ARD-Korrespondent Mike Lingenfelder in der Tagesschau. Auch die Rolle der Parlamentspräsidentin werde hinterfragt, möglicherweise werde auch sie abgelöst. „Es sieht aber nicht so aus, als würde sich die sogenannte linke Plattform innerhalb der Syriza-Partei abspalten und eine eigene Partei gründen“, so Lingenfelder.

Unter den Abweichlern der Regierungspartei waren Energieminister **Panagiotis Lafazanis**, Parlamentspräsidentin **Zoi Konstantopoulou** und zwei stellvertretende Minister. Auch Ministerpräsident **Alexis Tsipras** hatte zuvor mitgeteilt, das Reformpaket nicht zu wollen, von den Gläubigern jedoch erpresst worden zu sein. Nun müsse er die Auflagen aus Brüssel umsetzen. „Wir hatten eine sehr spezifische Wahl: Ein Deal, mit dem wir weitgehend nicht übereinstimmten, oder eine chaotische Zahlungsunfähigkeit“, hatte Tsipras vor dem Votum gesagt.

Nach Ende der Sitzung äußerte sich der Regierungschef allerdings nicht öffentlich. Ein Sprecher der Regierung räumte zwar die Spaltung innerhalb der Syriza-Partei ein, das wichtigste Ziel sei nun aber die Umsetzung der Vereinbarungen zum dritten Hilfspaket. Neuwahlen seien im Moment kein Thema. ARD-Korrespondent Julian von Löwis rechnet trotz der „faktischen Spaltung der Syriza-Partei“ auch nicht mit einem Rücktritt des Regierungschefs. „Tsipras wird an der Spitze bleiben“, sagte von Löwis. Die Umsetzung der Reformen hätten nun absolute Priorität. Dennoch sei Tsipras durch das Abstimmungsergebnis geschwächt.

Im Parlament hatten in der Nacht insgesamt 229 Abgeordnete bei der namentlichen Abstimmung für ein erstes Paket mit Reform- und Spargesetzen votiert. 64 Parlamentarier stimmten dagegen, sechs enthielten sich. Insgesamt 32 der „Nein“-Stimmen wurden von Syriza-Abgeordneten abgegeben.

¹³ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland-1133.html>

Die **EU-Kommission** zeigte sich erfreut über das Ja aus Athen: Die Regierung habe das erste Paket mit vier Maßnahmen „rechtzeitig und in einer insgesamt befriedigenden Weise“ umgesetzt, sagte eine Sprecherin in Brüssel.

Die Mehrwertsteuererhöhungen und Rentenreformen, die Griechenland umsetzen muss, ehe es mit den internationalen Gläubigern über ein drittes Hilfspaket von bis zu 86 Milliarden Euro verhandeln kann, bedeuten weitere wirtschaftlich harte Jahre für die Griechen. Bereits am kommenden Montag muss die Regierung in Athen der Europäischen Zentralbank 4,2 Milliarden Euro zurückzahlen. Zusätzlich ist sie auch beim Internationalen Währungsfonds mit fast zwei Milliarden Dollar im Verzug.

Die Zustimmung des Parlaments war Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen über ein drittes Hilfsprogramm für das von der Staatspleite bedrohte Euro-Land. Nun müssen weitere Volksvertretungen innerhalb kurzer Zeit zustimmen.

Tsipras entlässt linke Abweichler¹⁴ (17. Juli 2015)

Nach der Ablehnung der neuen Spar- und Reformmaßnahmen hat der griechische Alexis Tsipras sein **Kabinett umgebildet**. Zehn Mitglieder der politischen Führung in Athen werden entlassen.

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras hat am Freitagabend sein Kabinett umgebildet. Prominentestes Opfer ist der Energieminister **Panagiotis Lafazanis**, der am Donnerstag gegen das von den internationalen Kreditgebern vorgeschulte Reformprogramm gestimmt hatte. Der Wortführer der sogenannten „Linken Plattform“ innerhalb der Regierungspartei Syriza wird durch den bisherigen Arbeitsminister **Panos Skourletis** ersetzt.

Dass Tsipras gegen die Meuterer vorgeht, war erwartet worden. Wegen seines Widerstandes gegen die offizielle Regierungslinie wurde auch der stellvertretende Minister für Sozialpolitik, Dimitris Stratoulis, sowie der Juniorminister im Verteidigungsministerium entlassen. Zwei weitere stellvertretende Minister hatten ihr Amt aus Protest Mitte Woche niedergelegt. Den 38 rebellierenden Syriza-Abgeordneten – dies entspricht rund einem Viertel der Fraktion – droht ein Parteiausschluss.

Steinbrück will gegen Griechenland-Hilfe stimmen¹⁵ (16. Juli 2015)

Der frühere Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** (SPD) hat sein Nein für die Abstimmung des Bundestags über weitere Milliardenhilfen für Griechenland angekündigt.

Wie Steinbrück der „Bild“-Zeitung am Donnerstag sagte, würden weitere Milliardenhilfen „nichts an der wirtschaftlichen Gesamtlage Griechenlands ändern“. Er bevorzuge vielmehr einen Ausstieg Athens aus dem Euro und einen anschließenden Schuldenschnitt. Steinbrück ist der erste prominente Sozialdemokrat, der sich offen gegen neue Hilfen für Athen ausspricht. Der Bundestag stimmt am Freitag darüber ab, ob neue Verhandlungen über Finanzhilfen für Griechenland aufgenommen werden sollen.

Bundestag stimmt für Verhandlungen über drittes Hilfspaket¹⁶ (17. Juli 2015)

Mit einer deutlichen Mehrheit hat der **Bundestag** neuen Verhandlungen über ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland zugestimmt. 439 Abgeordnete stimmten in einer Sondersitzung namentlich für den Antrag der Bundesregierung, 119 Parlamentarier waren dagegen, 40 enthielten sich. Abgegeben wurden insgesamt 598 Stimmen. Der Bundestag hat regulär 631 Abgeordnete.

Damit erteilte der Bundestag der Regierung das Mandat, zusammen mit den anderen Euroländern über die detaillierten Reformauflagen für weitere Hilfskredite zu verhandeln. Über das Ergebnis müssen die deutschen Parlamentarier dann noch einmal abstimmen. Das wird frühestens in einigen Wochen der Fall sein. Bis dahin hilft eine am Donnerstag von der Eurogruppe beschlossene Brückenfinanzierung, die Pleite Griechenlands abzuwenden.

Ein Teil der Nein-Stimmen im Bundestag kommt aus den Reihen von **CDU** und **CSU**: 60 Unionsabgeordnete stimmten gegen den Antrag, fünf enthielten sich. Damit verweigerten die Abgeordneten der

¹⁴ <http://www.nzz.ch/international/griechischer-regierungschef-tsipras-bildet-sein-kabinett-um-1.18581782>

¹⁵ http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/konjunktur-steinbrueck-will-gegen-griechenland-hilfe-stimmen_id_4821327.html

¹⁶ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-07/bundestag-stimmt-fuer-verhandlungen-ueber-drittes-griechenland-paket>

Kanzlerin und ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Gefolgschaft. Bei einer Probeabstimmung am Donnerstag hatten 48 ein Nein angekündigt, drei eine Enthaltung.

Die **SPD**-Fraktion stimmte bei 175 Ja-Stimmen und vier Nein-Voten nahezu einhellig für Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket. Die **Grünen** enthielten sich mehrheitlich (33 Stimmen), 23 Abgeordnete stimmten allerdings auch mit Ja, zwei mit Nein. Die **Linken** als größte Oppositionsfraktion lehnten die Verhandlungen mit 53 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen deutlich ab.

Das dritte Hilfspaket soll nach bisherigen Planungen bis zu 86 Milliarden Euro für drei Jahre umfassen. Der Großteil soll aus dem Euro-Rettungsfonds **ESM** kommen, ein weiterer Anteil vom Internationalen Währungsfonds (**IWF**). Bis zum Abschluss der Verhandlungen erhält Griechenland bis Mitte August eine Brückenfinanzierung – zunächst sieben Milliarden Euro.

Ökonom: Kein Rettungspaket kann Griechenland vor sich selbst schützen¹⁷ (18. Juli 2015)

Der Ökonom Kristian Niemetz vom renommierten „**Institute of Economic Affairs**“ in London sagt, kein Rettungspaket könne Griechenland vor sich selbst retten. In **einem Beitrag für den britischen „Telegraph“** schreibt Niemetz: „Die Griechenland-Krise wird weder von diesem noch vom nächsten Hilfspaket gelöst, denn die strukturellen Probleme des Landes liegen viel tiefer. Die griechische Wirtschaft ist einfach nicht produktiv genug. [...] Die griechische Wirtschaft braucht eine Generalsanierung, und diese **Sanierung** wird niemals stattfinden, wenn sie als eine von außen aufgedrängte wahrgenommen wird.“ Griechenland müsse seinen eigenen Weg zu Reformen finden, schreibt Niemetz in dem Beitrag. Das bedeute, dass andere EU-Länder aufhören müssten, sich einzumischen. Das könnten sie aber nicht, weil Griechenland viel Geld aus diesen Ländern erhalte. „Das ist das grundlegende Dilemma hinter dieser niemals endenden griechischen Tragödie. Und solange Griechenland in der Euro-Zone bleibt, wird es auf die eine oder andere Weise auch so weitergehen.“

¹⁷ <http://www.n-tv.de/wirtschaft/10-15-Schaeuble-auch-zu-Ruecktritt-bereit-article15544641.html>